



## Europäische „Battle Groups“ – ein neuer Schub für die ESVP?

von Karl-Heinz Kamp

### Inhalt

Entwicklung der Battle Groups	Seite 2
Chancen der Realisierung	Seite 4
Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 6

---

Am 22. November 2004 beschlossen die Verteidigungsminister der Europäischen Union in Brüssel unter großem Medienecho die Aufstellung von sogenannten „Battle Groups“. Gemeint sind mobile Kampfverbände, die innerhalb weniger Tage einsatzbereit sein sollen und für Kriseneinsätze insbesondere im Auftrag der Vereinten Nationen bereitstehen werden. Ziel dieser Initiative ist, der EU eine militärische Handlungsfähigkeit auch in entlegenen Konfliktregionen an die Hand zu geben und damit das Projekt der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) militärisch zu unterfüttern.

Wie ist dieser Beschluss zu bewerten? Welche Probleme stellen sich für die EU-Mitglieder? Und vor allem: Ist mit der Realisierung des Beschlusses in dem vorgesehenen Zeitrahmen zu rechnen?

## Entwicklung der Battle Groups

Erstmals wurde die Idee kleiner, hochmobiler Kampfverbände für die europäische Krisenreaktionsfähigkeit – anfangs als "Tactical Groups" bezeichnet – auf dem britisch-französischen Gipfel in Le Tourquet am 4. Februar 2003 lanciert. Angesichts des wachsenden Problems zerfallender Staaten (failing states) gerade in Afrika erschien es sinnvoll, mit einem Mandat der Vereinten Nationen auch militärisch rasch reagieren zu können. Neun Monate später wurde das Konzept auf einem weiteren Gipfeltreffen beider Länder in London konkretisiert. Die im Sommer des Jahres gemachten Erfahrungen der EU-Operation „Artemis“ im Kongo waren in die Überlegungen eingeflossen und hatten zu der Planung von rasch verlegbaren Einheiten in einer Stärke von etwa 1500 Soldaten geführt. Sie sollten weit außerhalb Europas, mit Schwerpunkt in Afrika (aber auch anderswo), in Konflikte eingreifen können und die Lage stabilisieren, bis dass ausreichende Militärkräfte – UN Friedenstruppen oder Streitkräfte anderer Organisationen – zur Bereinigung der Situation eingetroffen sind.

Anfang Februar 2004 äußerte Verteidigungsminister Struck am Rande der Sicherheitskonferenz in München das deutsche Interesse an den Battle Groups, wodurch das Projekt in eine trilaterale Initiative umgewandelt wurde. Ein "Food for Thought"-Papier ([www.geopowers.com/Allianzen/EU/akt\\_eu/RRF\\_BGConcept.pdf](http://www.geopowers.com/Allianzen/EU/akt_eu/RRF_BGConcept.pdf)) formulierte die Details und wurde dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU (PSK) vorgelegt. Waren Battle Groups anfangs nur als nationale Einheiten vorgesehen, betonte das Impulspapier den multinationalen Charakter. Demnach können Battle Groups entweder von einem Land allein oder multinational gebildet werden. Auch kann ein EU-Mitglied als "Framework Nation" das Hauptteil einer Battle Group stellen, während kleinere Länder ihre Nischenkapazitäten einbringen. Hauptkriterium für die jeweilige Zusammenstellung ist die militärische Effizienz des Gefechtsverbands. Auf dem informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister im April 2004 fand das Konzept breite Zustimmung und wurde am 16. Juni 2004 durch den Europäischen Rat beschlossen. Im November 2004 einigten sich dann die Verteidigungsminister auf die Details des Projekts.

Demnach sind 13 Battle Groups geplant, jede mit einer Stärke von mindestens 1500 Soldaten. Ein Kern von drei bis vier leichten Kampfkompanien soll durch Führungs- und Kampfunterstützungseinheiten verstärkt werden. Pionier-, Flugabwehr-, Fernmelde- oder Logistikkräfte werden der Lage entsprechend zugeordnet – ebenso bei Bedarf ABC-Abwehr, Militärpolizei sowie Luft- und Seestreitkräfte. Battle Groups sollen nach 5 bis 10 Tagen einsetzbar sein (nach einem maximal fünftägigen Entscheidungsprozess in der EU). Bis 2005 soll eine sogenannte Teiloperationsfähigkeit (Initial Operational Capability) herge-

stellt sein, etwa um kleinere Evakuierungsmaßnahmen durchführen zu können. Die "Full Operational Capability" wäre gemäß der Planung im Jahr 2007 erreicht und die EU wäre in der Lage, zwei dieser Battle Groups gleichzeitig in einem Umkreis von 6000 Kilometern (von Brüssel aus gemessen) einzusetzen. Jede Battle Group soll 30 Tage im Einsatz bleiben können, durch Verstärkung und Truppenaustausch kann dieser Zeitraum auf 120 Tage ausgedehnt werden.

Bislang liegen feste Verpflichtungen für insgesamt 12 Battle Groups vor. Vier davon sind rein national vorgesehen (Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien) und sind damit politisch leichter in riskanten Operationen einsetzbar. Die übrigen sind multinational oder nach dem Framework Modell zusammengesetzt.

Deutschland hat bisher Beiträge zu drei Battle Groups fest zugesagt:

- Eine deutsch-französische Battle Group unter Beteiligung Belgiens, Luxemburgs und Spaniens. Dieser Verband soll seine Teiloperationsfähigkeit für Evakuierungs- und Rückführungsmissionen (Extraction) bereits 2006 erhalten.
- Eine deutsch-niederländische Kampfgruppe mit Beteiligung von Finnland, die ihre volle Operationsfähigkeit im ersten Halbjahr 2007 erreichen soll.
- Zusammen mit Polen und der Slowakei eine dritte Gruppe, zu der auch Lettland und Litauen Beiträge leisten werden. Diese soll 2009 – spätestens 2010 – voll einsetzbar sein.

Am 18. November 2004 äußerte Österreich den Wunsch, zusammen mit Deutschland und Tschechien eine weitere Battle Group aufzustellen. Für diesen vierten Verband unter deutscher Beteiligung gibt es noch keine zeitliche Festlegung, zumal diese Frage in Österreich innenpolitisch umstritten ist.

Deutschland legt großen Wert darauf, die Battle Groups im Zusammenhang mit der ebenfalls geplanten schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force – NRF) zu betrachten. Das EU-Projekt soll nicht den Aufbau der NATO-Streitmacht behindern – gerade weil auf absehbare Zeit nicht mit einer Zunahme der Haushaltsmittel zu rechnen ist. Demnach hat die NRF zumindest aus deutscher Sicht eine Priorität.

Das Konkurrenzproblem zwischen NATO und EU stellt sich aber nicht nur in der Aufbauphase, sondern auch in einem späteren Einsatz. Da beide Verbände nur aus den vorhandenen Streitkräften gebildet werden können (dem sogenannten "single set of forces"), bedarf es genauer Regeln für die Zugriffsrechte beider Organisationen. Das nach wie vor nicht spannungsfreie Verhältnis von NATO und EU, in dem gerade Frankreich immer wieder für Reibungsverluste sorgt, macht die Einigung auf derartige Regelungen schwierig.

## **Chancen der Realisierung**

Die Idee kleiner EU-Eingreiftruppen speziell für Missionen im Auftrag der Vereinten Nationen ist sinnvoll. Auch der Schwerpunkt auf Krisen in zerfallenden Staaten in Afrika ist nachvollziehbar, hat doch die NATO mit ihrer Response Force einen anderen geographischen Blickwinkel. Allerdings wirft das Battle Group Konzept noch eine Vielzahl militärischer Einzelfragen, etwa nach einheitlichen Ausbildungsstandards, nach dem Ausmaß der Multinationalität oder nach der Interoperabilität der Streitkräfte auf.

Kernproblem ist aber, ob die EU die Kraft aufbringen wird, das beschlossene Konzept angesichts knapper Kassen auch umzusetzen. Gerade für den eigenen Anspruch, Battle Groups weit jenseits der eigenen Landesgrenzen einzusetzen, fehlt es derzeit an den Voraussetzungen. Allein der Lufttransport für das "initial deployment" einer einzelnen Battle Group erfordert etwa 200 Flüge mit C-130 Transportflugzeugen (oder 30 Flüge mit dem C-17 Globemaster Transporter, von denen Großbritannien als einziges EU-Mitglied gerade vier Stück besitzt und einen fünften bestellt hat) Das Fehlen einer "strategischen Verlegefähigkeit" der EU, also der Möglichkeit, große Mengen an Militärgerät über weite Strecken zu transportieren, wird häufig mit dem Euphemismus "Engpassressource" belegt. Diese Umschreibung gilt auch für die Bereiche der militärischen Aufklärung und der sicheren Kommunikation – sie sind de facto nicht ausreichend vorhanden.

Zwar hat die EU schon mehrfach vereinbart, eklatante Mängel hinsichtlich der Einsetzbarkeit ihrer Streitkräfte zu beseitigen (strategische Transportkapazitäten, Logistik, Fernmeldeverbindungen). Allerdings sind die dafür erforderlichen Mittel meist nur in Ansätzen bereitgestellt worden.

Im Dezember 1999 hatte die EU das sogenannte "Headline Goal" beschlossen. Demnach sollte bis Ende 2003 eine schnelle Eingreiftruppe von 60 000 Soldaten bereitstehen, die innerhalb von 60 Tagen verlegt werden kann, um dann bis zu einem Jahr im Einsatz zu bleiben. Ein Jahr später verpflichteten sich die EU-Mitglieder, bis zu 100 000 Mann, 400 Flugzeuge und 100 Schiffe für diese Streitmacht bereitzuhalten. Obgleich die meisten Zusagen von Anfang an als Luftbuchungen erkennbar waren, wurde das Headline Goal bald als teiloperationsfähig (die bereits erwähnte Initial Operational Capability) erklärt. Im Jahr 2003 stellte die EU dann fest, das Headline Goal erreicht zu haben, obgleich die Eingreiftruppe in der geplanten Form nur auf dem Papier existierte. In halbem Anerkennen des Scheiterns wurde im Juni 2004 ein neues Ziel beschlossen – diesmal Headline Goal 2010 genannt mit den Battle Groups als fester Bestandteil. Es ist angesichts knapper Mittel nicht auszuschließen, dass wieder nach dem Muster verfahren wird, Zwischenziele als erreicht zu erklären, obgleich Beschlüsse nur auf dem Papier existieren. Dann würden in wenigen Jah-

ren die Full Operational Capability der Battle Groups festgestellt, obgleich es sich um virtuelle Einheiten handelt.

Selbst wenn es gelänge, Haushaltsprioritäten zugunsten militärischer Programme zu verändern, stellt sich die Frage nach dem politischen Konsens innerhalb der EU für militärisches Handeln. Wofür oder wogegen sollen die bereitstehenden Streitkräften eingesetzt werden? Vage Absichtserklärungen, Einsätze in "failing states" zu leisten, bedeuten noch keine Einigung darüber, in welchem Staat die EU mit welchem Ziel tätig wird. Bisher haben die EU und die übrigen Sicherheitsorganisationen bei humanitären Katastrophen gerade in Afrika nur selten politisch entschlossen gehandelt. Der Umstand, dass auch die NATO zwar militärisch effizienter wird, aber politisch immer weniger Konsens über die Nutzung dieser Effizienz findet, macht das Problem nicht kleiner.

Für die Battle Groups gilt – wie für viele Vorhaben im Rahmen der ESVP: ein begrüßenswertes Konzept, das aber Skepsis aufkommen lässt, wenn mit dem Beschluss nicht auch die Fragen der Umsetzung und Finanzierung beantwortet werden.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Karl-Heinz Kamp  
Koordinator Sicherheitspolitik  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Wichmannstr. 6  
10907 Berlin  
karl-heinz.kamp@kas.de  
Tel. 0 30/2 69 96-510